

## **Mitgliederinformation zum außerordentlichen Landesparteitag**

**Bremen, Juni 2010**

**Liebe Genossinnen und Genossen,**

der Landesvorstand hat auf seiner Sitzung am 27. Mai 2010 beschlossen, einen außerordentlichen Parteitag zum Thema „Arbeitsverhältnisse bei Fraktionen und Abgeordneten der LINKEN“ einzuberufen. Vorausgegangen waren mehrere Anträge von Delegierten und Mitgliedern auf Einberufung eines entsprechenden Parteitags. Der Landesvorstands-Beschluss legte den 19. oder 20. Juni 2010 als Termin fest, je nach Möglichkeit einen Raum zu bekommen. Zunächst wurde für den 19. Juni als Termin eingeladen, nach Intervention aus den Kreisvorständen und der Mitgliedschaft wurde dann der 20. Juni festgelegt, um die Überschneidung mit dem Fest der Linken in Berlin, an dem einige Mitglieder des Landesverbandes teilnehmen wollen, zu verringern. Für die kurzfristige nochmalige Verschiebung des Termins auf den 20. Juni bitten wir um Entschuldigung.

Wir wollen dem Landesverband mit dem außerordentlichen Parteitag die Möglichkeit geben, sich gemeinsam und grundsätzlich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Anlass waren Konflikte der jüngsten Zeit, über die inzwischen innerhalb des Landesverbandes teilweise mit erheblicher Heftigkeit gerungen und gestritten wird. Im Folgenden wollen wir versuchen euch über die Fakten zu informieren, die einigermaßen unstrittig sind, und die wir schriftlich oder durch Zeugenaussagen belegen können. Als Anhang findet ihr den Briefwechsel zwischen Landesvorstand und Fraktion sowie abweichende Stellungnahmen von Mitgliedern des Landesvorstands bzw. der Fraktion dokumentiert. Wir hoffen, euch damit so gut informieren zu können, wie es gesichert geht.

### **1. Die Kündigung im Abgeordnetenbüro**

Am Montag, 12. April, wurde dem Mitarbeiter im Abgeordnetenbüro in der Doventorstraße, Jörg Güthler, von der Bremer Bundestagsabgeordneten Agnes Alpers gekündigt. Die Kündigung erfolgte fristgerecht zum 30. Juni und war mit sofortiger Freistellung verbunden.

An den auf die Kündigung folgenden beiden Tagen wurden Gespräche mit beiden Beteiligten geführt, der Landesvorstand traf sich am 19. April zu einer Sondersitzung. Der Landesvorstand bedauerte die Kündigung:

- Der LaVo wies darauf hin, dass die Kündigung so nur möglich war, da die Abgeordnete mangels Abgeordnetengemeinschaft als Kleinbetrieb gilt und der Beschäftigte daher nicht unter das Kündigungsschutzgesetz fällt, das erst ab einer Betriebsgröße von 10 MitarbeiterInnen gilt. Darin sah der LaVo einen Widerspruch zu den politischen Positionen der Partei, die bundesweit die Ausweitung des Kündigungsschutzes auf alle Betriebe fordert.
- Ebenso wies der Landesvorstand darauf hin, dass der Beschäftigte seit fast 5 Jahren im Abgeordnetenbüro arbeitet.
- Daher bezeichnete der Landesvorstand es als dringend wünschenswert, zu einer Lösung zu kommen, die auch die Interessen des Beschäftigten zumindest angemessen mit berücksichtigt.

Diese Position des LaVo wurde einstimmig beschlossen und nur den unmittelbar Beteiligten mitgeteilt. In der Angelegenheit finden derzeit noch Verhandlungen statt. In der Öffentlichkeit wurde der Vorgang mit einem kurzen Bericht im Weserkurier aufgegriffen.

## **2. Die Auseinandersetzung um die Verlängerung befristeter Arbeitsverträge bei der Fraktion**

Bei der Bürgerschaftsfraktion in Bremen sind 9 wissenschaftliche MitarbeiterInnen beschäftigt (1 Vollzeit, 7 Halbtagsstellen, 1 geringfügige), also etwa eine halbe Stelle pro Abgeordnete/r. Für sechs der MitarbeiterInnen laufen ihre Arbeitsverträge demnächst aus. Bei der Einstellung dieser MitarbeiterInnen wurden die Arbeitsverträge nicht bis zum Ende der Legislaturperiode befristet, sondern nur auf 2 Jahre geschlossen. Grund war seinerzeit die Unsicherheit, ob die finanziellen Mittel der Fraktion eine Beschäftigung all dieser MitarbeiterInnen bis zum Mai 2011 zulassen. Den MitarbeiterInnen wurde von verschiedenen Seiten (Abgeordnete, Geschäftsführer) vermittelt, ihre Stellen würden selbstverständlich bis zum Ende der Legislaturperiode verlängert, wenn die finanziellen Mittel der Fraktion hinreichend seien.

Die Verlängerung der Verträge wurde daher zunächst allgemein als unproblematisch angesehen, da spätestens seit 2010 bekannt war, dass es keine finanziellen Vorbehalte gegen die Verlängerung mehr gibt. Es mehrten sich dann aber Anzeichen, dass die Verlängerung von der Fraktion nicht als Automatismus angesehen wurde. Am 7. April fassten die MitarbeiterInnen der Fraktion auf einer Betriebsversammlung einen Beschluss, in dem sie die Fraktion aufforderten, die in 2010 auslaufenden Arbeitsverträge alle unverzüglich bis zum Ende der Legislaturperiode zu verlängern.

Am Dienstag, 4. Mai, traf sich die Fraktion in interner Sitzung, um über die Verlängerung der Verträge zu beschließen.

Am Mittwoch, 5. Mai, fand eine Fraktionssitzung statt, auf der Peter Erlanson als Fraktionsvorsitzender von der internen Sitzung und ihren Beschlüssen berichtete, in Anwesenheit der MitarbeiterInnen und von Michael Mork als Vertreter des Landesvorstands. Peter berichtete:

- Die Fraktion habe nochmals festgestellt, dass die betreffenden Arbeitsverträge seinerzeit aufgrund des finanziellen Vorbehalts nur auf 2 Jahre befristet wurden. Durch den jetzt verabschiedeten Fraktionshaushalt 2010 sei klar, dass Geld für die Stellen da ist.
- Die Fraktion habe sich in einer Abstimmung dennoch dagegen entschieden, die vier Arbeitsverträge, die als erste auslaufen, zu verlängern. Die Stellen sollten offen gehalten und nach Möglichkeit durch neue MitarbeiterInnen besetzt werden.

Die Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp und Jost Beilken distanzieren sich von letzterem Beschluss und gaben an, für die Weiterbeschäftigung aller vier MitarbeiterInnen gestimmt zu haben.

Am Sonntag, 9. Mai, waren die Fraktionsvorsitzenden Peter Erlanson und Monique Troedel sowie die Betriebsrätin Sofia Leonidakis der Einladung des Landesvorstands gefolgt, um auf der Sitzung die Beschlusslage der Fraktion aus Sicht des Vorstands bzw. aus Sicht der MitarbeiterInnen zu erläutern. Peter bekräftigte dabei die Darstellung der Beschlüsse, die er schon auf der Fraktionssitzung gegeben hatte. Zur Aufrechterhaltung der „Arbeitsfähigkeit der Fraktion“ müsste bei allen vier MitarbeiterInnen die Weiterbeschäftigung abgelehnt werden. Dies wäre in jedem einzelnen Fall geprüft und für unabweislich gehalten worden. Auf Nachfrage gab er an, dass Fraktionsbeschlüsse im Prinzip natürlich immer durch einen neuen Beschluss der Fraktion aufgehoben werden könnten.

Der Landesvorstand beschloss einstimmig ein Schreiben an die Mitglieder der Fraktion:

- Der LaVo bewertete das Verhalten der Fraktion als Wortbruch gegenüber den betroffenen MitarbeiterInnen.

- Das Vorgehen der Fraktion, die Stellen zu behalten, aber die Arbeitsverträge auslaufen zu lassen, stelle eine Entlassung auf kaltem Wege dar. Den MitarbeiterInnen werde faktisch gekündigt, ohne dass sie die Möglichkeit hätten, sich arbeitsrechtlich im Rahmen des Kündigungsschutzgesetzes dagegen zu wehren.
- Der LaVo forderte die Fraktion auf, alle auslaufenden Arbeitsverträge bis zum Ende der Legislaturperiode zu verlängern.

Dieses Anschreiben wird im Anhang (Anlage2) dokumentiert.

Am Mittwoch, 19. Mai, erhielten die Mitglieder des LaVo ein Antwortschreiben der Fraktion, namentlich unterzeichnet von den fünf Abgeordneten, die sich nicht von dem Beschluss der Fraktion distanzieren. Darin hieß es:

- Die Verträge seien gar nicht wegen eines finanziellen Vorbehalts befristet worden, sondern um abzuwarten, ob sich die Stellenstruktur „bewährt oder nicht“.
- Grund des Konflikts sei, dass Klaus-Rainer Rupp seinerzeit eine Bevorteilung bei der MitarbeiterInnen-Zuteilung durchgesetzt habe.
- Die „übergroße Mehrheit der Fraktion“ habe „große Probleme“, den „Versuch seiner Besserstellung in der Fraktion von Klaus-Rainer Rupp nochmals zu tolerieren und ein weiteres Jahr ständiger Auseinandersetzungen mit ihm und daher leider auch einem Teil der Mitarbeiterschaft zu erdulden.“
- Es sei „nur schwer ertragbar, wie der Landesvorstand versucht, die Fraktion (...) zu einer Änderung ihrer Beschlusslage zu bringen.“

Auch das Schreiben der Fraktion ist im Anhang (Anlage3) dokumentiert.

Die abweichende Darstellung der Fraktion zum Grund der Befristung wurde hier zum ersten Mal genannt. Uns ist nicht bekannt, dass sie außerhalb dieses Schreibens vorher oder nachher so geäußert wurde. Insbesondere ist nicht bekannt, dass sie der Belegschaft jemals mitgeteilt wurde.

Am Sonntag, 23. Mai, erschien im Bremer Anzeiger ein Artikel, in dem über die Vorgänge berichtet wird. (Nachzulesen unter: [http://www.bremer-anzeiger.de/epaper/ausgabe/20100523/MI/20100523\\_002.pdf](http://www.bremer-anzeiger.de/epaper/ausgabe/20100523/MI/20100523_002.pdf).)

In den folgenden Tagen gingen bei der Parteigeschäftsstelle eine Reihe von Anträgen ein, in denen Delegierte und Mitglieder die Einberufung eines Sonderparteitags forderten.

Am Mittwoch, 26. Mai, bekräftigte die Belegschaft der Fraktion in einer Versammlung ihren Beschluss vom 7. April und forderte weiterhin, alle in 2010 auslaufenden Arbeitsverträge unverzüglich bis zum Ende der Legislaturperiode zu verlängern.

Am Donnerstag, 27. Mai, beschloss der Landesvorstand, vor dem Hintergrund der entsprechenden Anträge aus der Mitgliedschaft, die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags zum Thema Arbeitsverhältnisse. Dieser Beschluss war kontrovers und wurde mit Mehrheit gefasst. Der Landesvorstand beschloss außerdem, die Mitgliedschaft umfassend über die Ereignisse zu informieren und dabei auch abweichende Stellungnahmen von Abgeordneten bzw. von LaVo-Mitgliedern zu dokumentieren.

Am Sonntag, 30. Mai, erschien ein Bericht auf der Website des Landesverbandes (<http://www.dielinke-bremen.de/nc/politik/aktuell/detail/zurueck/bremennews/artikel/sonderparteitag-arbeitsverhaeltnisse-bei-fraktionen-und-abgeordneten-der-linken/>).

Am Montag, 31. Mai traf sich die Fraktion erneut in interner Sitzung. Eine erneute Entscheidung über die auslaufenden Arbeitsverträge wurde auf den 7. Juni vertagt. Am späten Nachmittag wurde per Pressemitteilung der Lösungsvorschlag des Fraktionsvorstandes verbreitet. Dieser macht sich nun die von den MitarbeiterInnen und vom LaVo geforderte Verlängerung aller MitarbeiterInnen-Verträge bis zum Ende der Legislaturperiode zu Eigen. Voraussetzung sei aber eine "personelle und organisatorische Umstrukturierung in der Fraktion". In einer parallelen Erklärung wurden die vielfältigen Bemühungen, die Fraktion zu dieser Lösung zu bewegen, als "Schmutzkampagne" und als "Gegacker über ungelegte Eier" bezeichnet. Auch diese Pressemitteilung ist im Anhang (Anlage4) dokumentiert.

Cornelia Barth  
Landessprecherin

Christoph Spehr  
Landessprecher